

Kantonsrat stellt sich gegen Spitalverbund

Die Idee der Linken hat bei den Bürgerlichen keine Chance

JAN HUDEC

Aus Sicht der SP ist die Sache eigentlich einfach. Schuld an den steigenden Kosten im Gesundheitswesen ist vor allem die von den Bürgerlichen gewollte Deregulierung. SP-Kantonsrat Andreas Daurü (Winterthur) feuerte am Montag im Parlament seine Lieblingsalven ab und prangerte den «sinnlosen Wettbewerb und das Wetttrüben zwischen den Spitälern» an, die zu einer Überversorgung führten. Die vielen Eingriffe des Regierungsrates ins System las er als Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Politik: «Das Spitalfinanzierungsgesetz ist ein Lottergerüst.» Daurü hatte auch eine Idee parat, wie das «Lottergerüst» ersetzt werden könnte: mit einem Spitalverbund. Gemeinsam mit seinen Ratskollegen Kathy Steiner (gp., Zürich) und Kaspar Bütikofer (al., Zürich) hatte er dazu auch eine Motion eingereicht, die am Montag behandelt wurde.

Das Modell hat den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) zum Vorbild. Der Spitalverbund, dem alle Krankenhäuser mit kantonalem Leistungsauftrag angehören würden, übernehme die Koordination von Investitionen und würde vor allem auch die «nötige Menge der jeweiligen medizinischen Leistungsgruppen» festlegen. Damit würde der Überversorgung ein Riegel geschoben, sind die Motionäre überzeugt.

Mit ihrem Anliegen stiessen sie bei den Mitteparteien auf gewisse Sympathien. Daniel Häuptli (glp., Zürich) befand, dass im Gesundheitswesen kein echter Markt bestehe. Deshalb könne der Wettbewerb die Probleme mit den tatsächlich bestehenden Überkapazitäten nicht lösen. Den Verbund wollte die GLP gleichwohl nicht unterstützen. Vielmehr sei es Aufgabe des Regierungsrats, über die Spitalliste einzugreifen. In die gleiche Kerbe schlug Lorenz Schmid (cvp., Männedorf). Auch er durchschiebt sich vom Regierungsrat ein Durchgreifen. Neben den unnötigen Behandlungen gehe es auch



Die Zürcher Spitäler, hier das Triemli, sollen nicht nach dem Vorbild des Verkehrsverbunds koordiniert werden.

KARIN HÖFER / NZZ

darum, das Buhlen um Privatversicherer zu unterbinden.

Die Idee der Linken war bei den Bürgerlichen allerdings chancenlos. Susanne Leuenberger (svp., Affoltern am Albis) verteidigte die Regierung. Es sei keineswegs so, dass die Gesundheitsdirektion tatenlos zugeschaut habe. Mit neuen Anforderungen wie Mindestfallzahlen oder der Förderung ambulanter Angebote nehme die Regierung ihre Verantwortung wahr. Und das zahle sich aus: «Die Spitäler im Kanton Zürich erbringen ihre Leistungen günstiger als Spitäler in Kantonen mit einem stärker staatlich ge-

prägten System», sagte Leuenberger und platzierte noch einen Seitenhieb: Kapazitäten ausgebaut habe im Kanton vor allem das Stadtzürcher Triemlihospital.

Aus Sicht von Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger ist der Spitalverbund nicht nur unnötig, sondern auch unmöglich umzusetzen. Das Krankenversicherungsgesetz sehe vor, dass die Steuerung des Gesundheitswesens nicht an Dritte delegiert werden könne. Und der Regierungsrat sieht noch weitere Probleme: Der Kanton könne die Spitäler nicht einfach zwingen, dem Verbund beizutreten. Zudem würde ein Spitalverbund, der sich

selbst beaufsichtigt, kaum das Ziel verfolgen, besonders effizient zu sein. «Die Tatsache, dass die Zürcher Spitalplanung mit ihrer Leistungsgruppen-Systematik nun allen Kantonen zur Übernahme empfohlen wurde, zeigt, dass wir es nicht so schlecht machen», sagte Heiniger.

Der Rat versenkte die Motion am Ende deutlich mit 115 zu 50 Stimmen. Es stehen in den nächsten Monaten aber noch weitere Vorstösse an, welche die Spitalplanung umkrempeln wollen. So fordert die GLP in einer Motion eine Markt- und Mengenkontrolle im Zürcher Spitalwesen.

Zürich gewinnt einen Sitz zurück

Verschiebungen im Kantonsrat

wbt. · Zürichs Bevölkerung wächst seit einiger Zeit wieder. Mit etwas Verzögerung schlägt sich dies in der Anzahl Mandate im Kantonsrat nieder. Aufgrund der neuesten Bevölkerungszahlen stehen dem Stadtzürcher Wahlkreis I, der aus den Stadtkreisen 1 und 2 besteht, wieder 5 Kantonsratssitze zu. 2015 waren es nur noch 4. Schon 2011 hatte die Stadt einen Sitz eingebüsst, damals aber im Wahlkreis V, bestehend aus den Stadtkreisen 7 und 8. Von den 180 am 24. März 2019 zu wählenden Ratsmitgliedern werden 49 aus der Stadt Zürich kommen. Zweiter Gewinner ist der Bezirk Bülach, nach Zürich der bevölkerungsreichste Wahlkreis. Er kann neu 18 statt wie bisher 17 Kantonsrätinnen und -räte stellen.

Wo Gewinner sind, gibt es auch Verlierer. Es trifft einerseits den Bezirk Meilen, der nur noch 12 statt 13 Sitze vergeben kann. Und andererseits muss der Bezirk Hinwil den 2011 gewonnenen 12. Sitz wieder preisgeben. Im Wahlkreis Meilen ist der EDU-Sitz am meisten gefährdet. Im Bezirk Hinwil ist eine Prognose schwieriger. Wackeln könnte das Mandat der BDP, deren nächste Konkurrenten, die EVP und die CVP, etwas mehr Reserven haben. Mit 4 Mandaten besetzt in dem Wahlkreis nur die SVP mehr als einen Sitz.

Stichtag für die Sitzverteilung in der Amtsperiode 2019 bis 2023 ist der 31. Dezember 2017, massgebend ist die Gesamtbevölkerung unter Einschluss der Ausländerinnen und Ausländer. Der Kanton Zürich zählte an diesem Tag 1 498 641 Einwohnerinnen und Einwohner. Somit entfällt auf 8326 Personen mit Zürcher Wohnsitz ein Mandat im kantonalen Parlament.

Frauenquote ohne Gegenliebe

Ein radikaler Vorschlag der AL scheidet

MICHAEL VON LEDEBUR

Die Debatte um Frauenquoten hat schon manche Auflage erlebt, aber jene vom Montag im Kantonsrat dürfte zu den skurrileren gehört haben. Das lag an einem Vorschlag der AL, der nicht nur radikal war, sondern auch darauf hinauslief, dem Kanton eines der kompliziertesten Wahlgesetze weit und breit zu beschreiben. In ihrer parlamentarischen Initiative forderte die Partei einen 40-prozentigen Anteil pro Geschlecht im Kantonsrat und in den Gerichten, im Regierungsrat mindestens drei Frauen und drei Männer, im Ständerat einen Mann und eine Frau.

Laura Huonker (al., Zürich) beklagte den rückläufigen Frauenanteil in Schweizer Kantonsparlamenten. Auch der Zür-

cher Kantonsrat mit 122 Männern und 58 Frauen bilde die Bevölkerungsstruktur nicht ab. Quoten seien deshalb unumgänglich. Dann könnten Parteien Frauen nicht mehr «wie Schachfiguren» je nach Bedarf fördern oder in hintere Reihen verbannen. Die Erste, die widersprach, war Anita Borer (svp., Uster). Viele Frauen wollten sich nun einmal nicht in der Politik engagieren. «Und selbstbewusste Frauen benötigen keine Quoten, sondern wollen im Wettbewerb mit den Männern bestehen.»

Die AL stiess selbst bei der SP auf Skepsis. Céline Widmer (Zürich) sagte, natürlich sei die Untervertretung der Frauen ein Problem. Die SP sei auch nicht grundsätzlich gegen Quoten. Aber der komplizierte Wahlmechanismus, der sich abzeichne, sei unpraktikabel. Män-

ner in linken Parteien hätten womöglich keine Chance mehr auf ein Amt. Das sei ungerecht und weit weg vom Machbaren. Widmer verwies auf einen geplanten SP-Vorstoss, der den Parteien einen ausgeglichenen Geschlechteranteil auf den Wahllisten vorschreiben will.

Auffällig war, wie sich zunächst ausschliesslich Frauen zu Wort meldeten. Sonja Rueff (fdp., Zürich) sprach ebenfalls vom richtigen Ziel mit dem falschen Mittel. Mehr Beteiligung von Frauen in Wirtschaft und Politik erreiche man nicht mit Quoten, sondern mit den richtigen Rahmenbedingungen, beispielsweise indem man Tagesschulen fördere. Sonja Gehrig (glp., Urdorf) ereiferte sich, das Volk dürfe wohl noch selbst entscheiden, wen es in die Exekutive wähle, und sprach von einer «gekröpften Demokratie». Ein Minimum an Zustimmung erhielt die Idee vonseiten der Grünen, die Stimmfreigabe beschlossen.

Zu den Männern, die sich dann doch noch äusserten, gehörte Erich Vontobel (edu., Bubikon). Dass die Initiative ein Unsinn sei, liege auf der Hand. Ohnehin müsste man nach dieser Logik Quoten «für unzählige Kategorien von Menschen einführen», meinte Vontobel, eine ironisch-böse Anspielung auf die Gender-Debatte machend.

Als Markus Bischoff (al., Zürich) sprach, zeichnete sich das kümmerliche Ergebnis von lediglich 14 Ja-Stimmen ab. Er habe in der Debatte viel Kritik gehört, aber kein einziges Rezept, wie die strukturelle Ungleichheit zu beenden sei. Den «Bonsai-Kantonen» billige man im Ständerat ihr Stimmrecht zu, was einer Quote gleichkomme. Bei den Frauen hingegen wolle man davon nichts wissen. Das sei verlogen.

Aus der Sitzung des Kantonsrats

Hundegesetz. Die obligatorischen Hundekurse im Kanton werden abgeschafft. Das Parlament stimmt der Änderung des Hundegesetzes in der Schlussabstimmung mit 92 zu 77 Stimmen zu.

Keine schwarze Liste. Der Kantonsrat lehnt eine Motion von SVP- und BDP-Vertretern mit 115 zu 49 Stimmen ab. Mit dem Vorstoss sollte eine schwarze Liste für säumige Krankenkassenprämienzahler eingeführt werden.

Sonntagsverkauf. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von EVP, AL und SP vorläufig angenommen. Sie fordert, dass die Geschäfte am 24. Dezember geschlossen sein müssen,

falls dieser auf einen Sonntag fällt – ein Fall, der rund alle sieben Jahre eintritt.

Personalgesetz. Die nötigen Stimmen erhielt auch eine Initiative von GLP, SVP und FDP. Sie will die arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Beamte verändern und unter anderem den Kündigungsschutz lockern.

Staatsarchiv. Vorläufig angenommen wurde eine Initiative von SVP und EDU, die zum Ziel hat, die Archivmengen des Staatsarchivs zu reduzieren.

Rücktritt. Regula Käser-Stöckli (gp., Kloten) scheidet per Ende Juli aus dem Rat aus.

APROPOS

Protestaktion im Tarnanzug

Walter Bernet · Kein Quadratmeter Stadt im weiteren Umkreis eines Bier- oder Aperol-Ausschanks bleibt an diesem schwülwarmen Freitagabend unbesetzt. Endlich Sommer. Da fliegt kurz vor 6 Uhr eine Mitteilung in die Mailbox: Der Platzspitz ist besetzt! Klar, denkt man sich. Bei diesem Wetter!

Nun ist der Zürcher Platzspitz ein nach wie vor etwas unheimlicher, staatlicher Kontrolle sich potenziell entziehender und deshalb umso besser überwachter Ort. In den Nachtstunden ist er geschlossen, seit Februar sogar etwas länger als vorher. Der Platzspitz ist besetzt, und zwar gleich bis Sonntagnachmittag! Die Ankündigung ist in Wirklichkeit eine Provokation sondergleichen. Und man eilt gespannt zur Medieninformation, die auf 8 Uhr abends angesetzt ist – im edlen Bistro des Landesmuseums.

Es wartet dort ein Kellner vor weiss gedeckten Stehtischen und einem festlichen Buffet mit vielen gefüllten Gläsern. Sonst niemand. «Presseinformation startet in 6 Minuten 37 Sekunden», heisst es auf einem riesigen Bildschirm. Ein Kollege von einem Alternativmedium stösst noch dazu, dann flackert ein Video über den Bildschirm: Gegen Zwangsmassnahmen und eine immer repressiver werdende Asylpolitik richtet sich die Aktion eines anonymen Organisationskomitees. Sicherheitsdirektor Mario Fehr in Polizeiuniform, auf einem liegenden Mann kniend, zielt als Zeichnung das Titelblatt der aufliegenden «Gazette du Parc sans Frontières».

Draussen ist das Tor zum Park mit Ketten zur Einzelzungenanlage umfunktioniert. Dahinter ist eine gut organisierte Party im Gang, die Stimmung gleicht jener am Unteren Letten ein paar Meter weiter flussabwärts, nur geht es weniger um das Gesehenwerden. Die überraschte Polizei schaut von draussen zu und toleriert das Treiben nach Rücksprache mit dem Stadtzürcher Nachsicherheitsvorsteher Richard Wolf. Eine Protestaktion zwar, aber eine, die im allgemeinen Sommer-Trubel verschwindet.

Bedroher von Knonau verhaftet

Schalter der Gemeindeverwaltung sind seit Montag wieder geöffnet

sho. · Die Massnahme ist ungewöhnlich. Am Wochenende ist bekanntgeworden, dass die Gemeindeverwaltung von Knonau in den Tagen zuvor aus Sicherheitsgründen geschlossen blieb. Grund waren offenbar ernstzunehmende Drohungen, die ein Bewohner der Gemeinde im Knonauer Amt gegenüber Behördenmitgliedern und Mitarbeitern der Kommune ausgesprochen hatte.

Die Staatsanwaltschaft hat nun auf Anfrage einen Bericht des «Blick» bestätigt, wonach der Mann bereits am Freitag verhaftet wurde. Es soll sich gemäss verschiedenen Medienberichten um einen sogenannten «Messie» handeln, der sich aufgrund der Masse seiner angesammelten Güter um sein Haus seit Jahren im Streit mit den Behörden befindet. 2015 wurde das Anwesen geräumt, im letzten Juli ist es abgebrannt.

Laut der Auskunft hat die Staatsanwaltschaft beim Zwangsmassnahmengericht Antrag auf Untersuchungshaft gegen den pensionierten Mann gestellt. Ein Entscheid war am Montag noch ausstehend. Das Verfahren wurde wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte eingeleitet. Dass der Rentner dem Gemeinderat auch mit dem Tod gedroht hat, wurde nicht bestätigt.

Auf der Gemeindeverwaltung Knonau war zu erfahren, dass die Schalter seit Montagmorgen wieder geöffnet sind. Gemeindepräsident Walter von Siebenthal war nicht erreichbar. Am Wochenende hatte er gegenüber Medien erklärt, die vorübergehende Schliessung der Verwaltung sei in Absprache mit der Polizei und Beratungsstellen erfolgt.